

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtheft (einer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch Berlin. Für Rücksendung ansvarl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrungs-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3605. für den Fernverkehr Am Dönhofs 3600-3605. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postcheckkonto Berlin 866.

Oesterreich gegen Starbemberg

Das Ergebnis der Nationalratswahlen

Wien, 10. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die österreichischen Wahlen zum österreichischen Nationalrat haben zu einer Schwächung aller bürgerlichen Parteien geführt und den Sozialdemokraten einen kleinen Gewinn gebracht.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis, das heute vormittag um 7 Uhr vorlag, ergabten:

Sozialdemokratische Partei	72 Mandate	(71)
Christlichsozial	66	(73)
Schweröfö	19	"
(1927: Großbayerische und Landbund auf, (21)		
Heimatklub	8 Mandate	

Die Nationalsozialisten sowie die anderen Splittergruppen erhalten kein Mandat. Insgesamt erhielten die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von rund 73.000 bei 1.550.000 Stimmen 1927. Die bürgerlichen Stimmten sind gegenüber 1927 um etwa 335.000 auf 1.695.851 Stimmen zurückgegangen. Die Kräfte Österreichs der bürgerlichen Stimmten wird auf die geringere Wahlbeteiligung und die größere Anzahl ungültiger und gänzlich verlorener Stimmen insofern der starken Verplünderung zurückzuführen.

Der Verlauf des Wahlkampfes ist im allgemeinen sehr ruhig gewesen. Zu ersten Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Nur bei den Wiener Montagsdemonstrationen durch Arbeiterentlassungen hat ins Heimwehler getragenen Industriesentrum

Donau eine am zwölften Heimwehler und Sozialdemokraten zu einer Schlägerei, bei der fünf Arbeiter durch Schlägen verletzt ins Gefängnis nicht unerheblich verletzt wurden. In Graz kam es ebenfalls mehrfach zu Schlägereien. Die Nationalsozialisten bewußtlich sich der Familien auf der sie hoch oben ihre rote Fahnen-Flagge hielten. Da sie den Familien unten mit Drohreden anhörten, folgte es längere Wähe, ehe die Fahnen wieder entfernt werden konnte.

Bis zum letzten Augenblick war es noch unklar, ob die Heimatbund des Fürsten Starbemberg überhaupt ein Mandat erhalten werde, weil die Heimwehler teilweise selbst in ihren Postbüros nicht ein Mandat erzielen konnten, so daß dadurch unter Umständen die Berechtigung der Heimwehler hätte unterbleiben müssen. Erst als in der Statisterei der genaue Zählung wurde, konnten die Heimwehler aufzählen und ihre wesentlichen Führer als gemäßt ansehen. Die Heimwehler-Abgeordneten sind fast sämtlich absolut radikal und der Hitler-Bewegung gefolgsam, auch wenn ein offizielles Zusammengehen für die Wahl nicht zuhandgekommen ist.

Ein besonders Interesse ist das Ergebnis der Wahlen in Wien, wo die Sozialdemokraten kein Mandat erhalten konnten, während der Schöber-Bund 4 Sitze erhielt gegen 2 Mandate der Großbayerischen im Jahre 1927. Die Christlichsozialen haben in Wien nicht weniger 30 Sitze (29). Die Christlichsozialen 11 (14).

Zugleich mit den Nationalratswahlen fanden Landtagswahlen in der Steiermark statt. Hier haben die Sozialdemokraten erhebliche Verluste erlitten.

Parlamentarische Zeit?

Von Karl Lahn

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

Wien, 10. November

Nach dem die große Öffentlichkeit in Oesterreich nicht die Folgen übersehen, die dieser merkwürdige Wahlausgang für das Land haben wird. Die Parteienlagen seien nur der kaum zu überwindenden Schwierigkeit, eine regierungsfähige bürgerliche Mehrheit im Nationalrat aufzubereiten. Die Christlich-Sozialen, von 73 Mandaten auf 66 zurückgefallen, fühlen sich denn der Schöber-Bund mit seinen 19 Mandaten darauf einwirken wollen, nur eine sehr schwache Mehrheit von 85 Mandaten unter Ausschaltung der acht Heimwehler-Abgeordneten und gegen die 72 Sozialdemokraten (71) aufzustellen.

Bundeskanzler Schöber ist ein so charakteristischer Mann, um eine Regierung zu unterlassen, die von ihm verlangen würde, jene von Robert Baugoin-Geisel-Stimmen, dieser Ministerialregierung, nur den Wahlen durchgeführten Maßnahmen gutzuheißen — Maßnahmen, die er verurteilt wollte, und bereitwillig er gestirmt wurde. Er kann vor allen Dingen keine Regierung seine Hilfe gewähren, in der Starbemberg und Queber Parteiführer haben. Baugoin wiederum ist auf den durch die bürgerlichen Bundesobrigkeit-Generaldirektor Straßla darauf festgelegt, daß er nicht zurück kann.

Man glaubt zunächst, daß Dr. Geisel, der wahre Regisseur des Reichsaffares, sich selbst wieder das Bundesamtamt zu übernehmen bereit wäre. Dies wird allerdings dadurch erschwert, daß er sich für das Amt des Bundespräsidenten freistellen will. Eine Koalition des Schöberbundes mit den Sozialdemokraten ist auf Monate hinaus (genau darum nicht möglich, weil Schöber in einer Wahlperiode die ausbedingte Erklärung abgab, er könnte es nicht mit seiner Ehe vereinbaren, mit den sozialdemokratischen Führern, die ihn nach den blutigen Zwischenfällen vom 15. Juli 1927 so maßlos angegriffen, zusammenzugreifen.

Nun wäre es denkbar, daß der jetzige Bundespräsident Miklas, wozu ihn die Verfassung berechtigt, den kaum gewählten Nationalrat nach einigen Verhandlungen zwischen den Parteiführern wieder auflösen würde, mit der Begründung, daß eine Mehrheit im Parlament nicht zu finden sein würde. Dann könnte die Ministerialregierung Baugoin-Geisel-Starbemberg weiter parlamentarisch durch Wahlen reorganisieren und in gleich schrittweisen eine neue Regierung der Bundesobrigkeit und der Bundesministerien lassen.

Zunächst erzielende Informationen lassen verlässig darauf schließen, daß der Bundespräsident den Nationalrat innerhalb kürzester Tage einberufen und daß in der ersten Sitzung wieder der Miklas des Robert Baugoin mitgeteilt werden wird. Am christlich-sozialen Lager herrscht bei freigeschickter Kapazitäten, und eine Reihe einflussreicher Reichsbeamter ist zurückgekehrt, eine diesmal den Reichsminister für die Wahl der Parteipräzedenz zu helfen. Baugoin selbst wird einsehen, daß sein Reichsamt die Christlich-Sozialen geschwächt hat, und so könnte mit einer geschäftigten christlich-sozialen Regierung gerettet werden, die von einem der drei Bundespräsidenten, Eder (Borarlberg), Reich (Salzburg) oder Schöber (Oberösterreich) geführt würde.

Die Ministerialregierung hätte die Neuwahlen durchzuführen, nachdem sich deutlich gezeigt hat, daß die Heimwehlerbewegung nicht die Kraft einer Volkswegung besitzt, wie immer insbesondere von Geisel behauptet wurde. Ob es zu einer Lösung kommt, wird nur allem von der Energie des früheren Bundesamtalters Dr. Schöber abhängen, der darauf verweisen kann, daß das gegenwärtige Wahlgesetz die Mittelparteien um den verdienten Mandaterfolg beraubt.

Die lauten Klagen hierüber führt das Organ der Nationalsozialisten und des Heimwehlerbundes, 'Die Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung', die sagt, daß die Stillerbewegung und die Heimwehler zusammen 330.000 Stimmen erhalten und nur acht Mandate fast 16 die ihnen bei 600 Stimmen Aufstellung hätten zuweisen müssen. Ihnen hat das Organ des Schöberbundes, die 'Wiener Neuesten Nachrichten' schreiben: 'Unser Wahlrecht, besser gesagt, Wahlrecht muß schnellstens abgeändert werden. Sonsthin mußte daran erinnert werden, daß die Christlich-Sozialen gehofft hatten, der Schöberbund werde nur sechs Mandate erhalten. Die Arbeiterbewegung' schreibt: 'Die Regierung Baugoin-Starbemberg hat keine Mehrheit erlangt. Die hat zu geben.

Die Forderung der Arbeiter: Preisabbau

Erregung über den Schiedspruch der Metall-Industrie

Die Erregung der Arbeiterschaft über den neuen Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen Lohnsturz in Stuttgart von 8,5, 8 u. 5, vorstellte, kam am Montag in den Reihen des linken Ausbaus. Besonders die Kommunisten verurteilten, in verschiedenen Betrieben Demonstrationen abzuhalten und Streiks als Protest gegen den Lohnabbau einzuleiten. Diese Forderungen sind jedoch, soweit sich bisher überlegen läßt, am dem Willen der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter gebunden.

Die Forderungen der Arbeiterschaft konzentrieren sich jetzt auf eine Senkung der Lebensmittelpreise. Der Deutsche Metallarbeiterbund wird sich an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund, die Daderanstellung der freien Gewerkschaften, wenden, um diesen zu einer Aktion bei der Reichsregierung zu veranlassen. Man wird insbesondere Forderungen für die Abhaltung der Handelspreise der Lebensmittelstellen stellen. Auf der anderen Seite wollen die Gewerkschaften die Konsumgüterindustrien veranlassen, ihre Rationalisierungen zu überprüfen, um mit schneller Wirkung eine präzisere Senkung ihrer Verkaufspreise durchzuführen.

Über die Verhandlungen im Reichsernährungsministerium mit den Betreibern der Lebensmittelgewerbe wird mitgeteilt, daß für heute der möglichste baldige Abschluss für eine Senkung von wichtigen Lebensmittelpreisen zu erwarten ist.

Christliche Bergarbeiter für Arbeitszeitverkürzung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

In verschiedenen Versammlungen der Christlichen Bergarbeiter im Ruhrgebiet wurde für die demnächst beginnenden Verhandlungen über die Arbeitszeit erneut die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung auf sieben Stunden unter Tage und acht Stunden über Tage erhoben. Die wirtschaftliche Struktur des Ruhrgebietes, so heißt es in einer Entschließung, rechtfertigt eine Verkürzung der Arbeitszeit, die vielen Arbeitsschichten modifizieren für eine vollständigen Stufenabstieg.

Auch von den übrigen Bergarbeitervereinigungen waren für Sonntag

ein Beschlusses im Ruhrgebiet einberufen worden, welche den gleichen Abschlußpunkt gegenüber den Arbeitszeitforderungen der Bergwerksbesitzer einnahmen.

Indochina in Aufruhr

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Paris, 10. November

Trotz der händepropagandistischen Presse- und Telegrammentätigkeit, die französische Kolonialregierung über Indochina verhängt hat, kann es keinen Zweifel unterliegen, daß in den Provinzen Biaß und Sialing in der jetzt Monaten währenden Kämpfe zum offenen Ausbruch gekommen ist.

Zahlreiche Bänder, bestehend aus verarmten Bauern und arbeitslosen Kulis, verurteilen Regierungsbüro, Soldaten und europäische Bandenführer zu fähren; ihre Befolgung durch die französischen Truppen (siehe, wie 'Republique', ein radikales Blatt, berichtet, auf große Schwierigkeiten zu stoßen, aufgrund ein großer Ansturm von Flüchtlingen und Bergbewohnern eingeleitet ist, die kollektiven Vorfällen, ist es zu verheerenden Verbrechen unter den Stämmen gekommen.

Selbst die französischen Kolonialisten merkten vor der Härte der Unterdrückungsmethoden, die den doch gegen die Fremdbesatzung auf das bedrohlichste fähren mußte, um so mehr, als die Aufständischen von der beredsamen Hingegen so völlig zur Bewältigung getrieben seien.

Deutschland erkennt Vargas an

Die Reichsregierung hat die neue brasilianische Regierung anerkannt. Verhandlungen über den Handelsvertrag für die Besichtigung der 'Athen' können nun mit der neuen brasilianischen Regierung geführt werden.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Joseph England wie die Reichsregierung haben die portugiesische Regierung von Dr. Vargas anerkannt haben.